

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 22 (2002)
Heft: 42

Artikel: Eskalation des Nahost-Konfliktes : vom Friedensprozess des Osloer Abkommens zu Israels Kriegserklärung an Palästina
Autor: Watzal, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eskalation des Nahost-Konfliktes

Vom Friedensprozess des Osloer Abkommens zu Israels Kriegserklärung an Palästina

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen „Anti-Terror-Allianz“ anschließen wollten, war Israels Regierung. Endlich, so schien es, werden jetzt die anderen Staaten das Anliegen Israels verstehen: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als „Terrorismus“ zu begreifen. Die Enttäuschung unter der herrschenden Klasse in Israel war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Allianz nicht wünschten. In einer Art „Black out“ verglich der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon die Lage seines Landes mit der der Tschechoslowakei 1938. Die US-Führung sah ihm diesen Fehltritt nach, wie sie überhaupt zu den permanenten Völkerrechtsverstößen Israels schweigt. Seither führt sich Israel auf wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und „Ansprüche“ auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung kämpft.

Der sogenannte „Krieg gegen den Terrorismus“ hat auch die berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes völlig in den Hintergrund treten lassen. Ihr legitimer Widerstand gegen die militärische Besatzung wird ausschließlich in der Begrifflichkeit des Terrorismus gesehen und vermittelt. Baruch Kimmerling begründete das palästinensische Widerstandsrecht am 27. März 2001 in der Tageszeitung „Haaretz“ wie folgt: „Since 1967, millions of Palestinians have been under a military occupation, without any civil rights with, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law.“ Dieses Widerstandsrecht werde noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, die einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt.

Eines der verbreitetsten Argumente, das von Teilen der israelischen politischen Klasse immer wieder vorgetragen wird, lautet, dass die Okkupation den Israelis gegen ihren Willen aufgezwungen worden sei. Diese Groteske wurde von Ariel Sharon in seiner Rede an das israelische Volk vom 21. Februar 2002 wieder aufgenommen. Mit der gleichen „Logik“ hatte der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak nach der Zurückweisung seines „großzügigsten Angebots“ in Camp David an die Palästinenser argumentiert, man könne die Besatzung nicht beenden. Der einfache Grund liegt darin, dass Israel die palästinensischen Gebiete besetzt hält, weil seine Regierung glaubt, sie besetzt halten zu müssen. Israel will sich nicht

zurückziehen, weil es das Land für sein kolonialistische Siedlungsprojekt, für die Ausbeutung des Wassers und aus strategischen Gründen der Verteidigung benötige. Israel will das Gebiet nicht annektieren, weil es den drei Millionen Palästinensern keine Staatsbürgerrechte geben will, das heisst, Israel beansprucht das Land, aber ohne dessen Bewohner. Die Besatzung ist der einzige Weg, beide Ziele zu erreichen. Dabei kann Israel Yassir Arafat sowohl die direkte als auch die indirekte Besatzung anbieten: entweder akzeptiert Arafat die Besatzung oder er wird durch einen anderen „Führer“ ersetzt, der diese Bedingungen als palästinensisches „Ziel“ akzeptiert. Moshe Dayan und Abba Eban hatten noch von einer „wohlwollenden oder aufgeklärten Besatzung“ gesprochen. Jahrhunderte kolonialer Herrschaft haben aber gezeigt, dass es keine „aufgeklärte Besatzung“ geben kann. Man kann kein Volk zum Wohle eines anderen unterdrücken.

Die westeuropäisch-us-amerikanische politische Klasse tut aus historischen Gründen nichts gegen die Strangulierung eines kolonisierten Volkes. Dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk auf grausamste Weise seiner Rechte beraubt wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der wirkliche Skandal. Dabei bietet sich der Vergleich mit Südafrika geradezu an. Das weiße Rassistenregime in Südafrika hätte sich niemals gewagt, F-16-Kampfbomber, Apache-Kampfhubschrauber und Panzer sowie anderes schweres militärisches Gerät „Made in USA“ gegen Zivilisten einzusetzen. Israel tut es seit Monaten mit Billigung der USA-Regierung und eines Teils der Europäischen Union. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf gestellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche „Logik“ hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Der „Friedensprozess“ als legalisierte Fortsetzung der Okkupation

Ein hundertjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Osloer-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet worden ist. Eine Art „Friedensprozess“ war geboren, der in Israel und Palästina jedoch von Beginn an nie etwas mit Frieden in des Wortes wirklicher Bedeutung zu tun hatte, sondern die Fortsetzung der Besatzung auf vertraglicher Grundlage war.

Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Abu Mazen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen. Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war schwerlich und dornenreich. Er hat mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991 begonnen, die nur wegen der tiefgreifenden Veränderungen im internationalen System möglich war. In

der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Der damalige Ministerpräsident Yitzhak Shamir erklärte nach seiner Abwahl im Juni 1992, dass er noch zehn Jahre mit den Palästinensern in Washington verhandelt hätte, ohne auch zu einem Ergebnis zu kommen.

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „*Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung*“ vom 13. September 1993, das „*Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen*“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „*Gaza-Jericho-Abkommens*“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „*Wirtschaftsprotokoll*“ wurde auch unverändert in das „*Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen*“ vom 28. September 1995 integriert. Von Benjamin Netanyahu wurde das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye-Memorandum vom 23. Oktober 1998 unterzeichnet. Ehud Barak handelte das Sharm el-Sheikh-Memorandum vom 4. September 1999 aus und wollte vom 11. bis 25. Juli 2000 in Camp David einen Status-Endvertrag mit den Palästinensern erreichen.

Die wichtigsten Punkte der Prinzipienerklärung sind: Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV); Gründung einer palästinensischen Behörde (Art I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI); Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III); Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentlichen Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Die gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamem Interesse“ (Art. V). Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

- Die Zone A umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.
- In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.
- In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Desweiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung aus den Bevölkerungszentren zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent und an der De-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert. Während der Hochphase des „Friedensprozesses“ wurde der Weltöffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als seien die israelische Armee abgezogen. Kein einziger Soldat hat jedoch die autonom-besetzten Gebiete verlassen. Das System der Kontrolle und der Besatzung wurde von Abkommen zu Abkommen enger gezogen.

Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einer Umgruppierung der Truppen aus 80 Prozent von Hebron und zu keinem Abzug. Fast 2000 israelische Soldaten bewachen jetzt 450 ultra-orthodoxe Siedler. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100 000 Palästinenser unter Arafats Autonomiebehörde leben, und eine H-2-Zone, in der 450 jüdische Siedler und zirka 320 000 Palästinenser unter direkter Okkupation Israels wohnen. Die Einwilligung Netanyahus zu diesem Abkommen ist als Zustimmung der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozeß gewertet worden. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, da sich die Nationalisten und Ultra-orthodoxen in Israel bis heute nicht mit der Existenz der Palästinenser abgefunden haben.

Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein sollte, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hatte Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen und ein separates Straßensystem investiert hat. Hinter dieser Leistung durfte Netanyahu nicht zurückstehen. Rabin und Peres tragen zu Unrecht den Titel „Friedenspolitiker“. Waren es nicht sie, die den Palästinensern diese Verträge aufgezwungen und die Bantustanisierung in Vertragsform gegossen haben? Peres hatte schon am 1. September 1993 festgestellt, dass Israel nicht mit der PLO, sondern nur mit einem Schatten ihrer selbst verhandelt habe. Nach der Unterzeichnung des Interimsabkommens gestand Peres am 8. Oktober 1995 der Zeitung „Yediot Aharonot“: „Alles verlief nach der Strategie, die der Ministerpräsident und ich entworfen hatten. Natürlich konnten wir nicht unsere ganze politische Macht ausüben und mit den Palästinensern brechen. Dies wäre nicht im israelischen Interesse gewesen.“ Der israelische Historiker Ilan Pappé bezeichnete die Abkommen folgerichtig als „Diktate“ Israels. Und schon am 3. Januar 1996 verglich der israelische Soziologe Baruch Kimmerling in „Ha'aretz“ sie mit dem Versailler Vertrag und kam zu dem Ergebnis, dass dieser im Vergleich zu den Osloer Verträgen geradezu „ideal“ gewesen sei!

Das Wye-Memorandum und die UN-Resolutionen

Das Wye-Memorandum vom 23. Oktober 1998 steht in der Tradition der bereits unterzeichneten Abkommen. Es stellt keinen „Durchbruch“ im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dar, sondern bedeutet eine weitere gravierende Niederlage der Palästinenser im Kampf um ihre legitimen Rechte. Das Wye-Memorandum enthält prinzipiell nichts Neues, was nicht schon im Interimsabkommen vom 28. September 1995 vereinbart worden war. Es ist ein weiteres Umsetzungsabkommen des Interimsabkommens, aber es enthält einige für die Palästinenser nur schwer zu erfüllende Auflagen. Den Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Sicherheit, die 60 Prozent des Abkommens umfassen, und die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit. Sie gehen zu Lasten von Demokratie und Menschenrechten. So sollen Maßnahmen ergriffen werden, die gegen die andere Seite gerichteten terroristischen, verbrecherischen oder feindlichen Aktionen verhindern. Ein von den Palästinensern erstellter Sicherheitsplan soll in Zusammenarbeit mit den USA die systematische Bekämpfung des „Terrorismus und terroristischer Organisationen“ gewährleisten. Dazu wird ein amerikanisch-palästinensischer Ausschuss gebildet. Die Palästinenser müssen Personen verhaften, die verdächtigt werden, Gewaltakte verübt zu

haben, und diese verurteilen. Die Palästinenser müssen in Kooperation mit den USA die Beschlagnahme illegaler Waffen vornehmen. Die Autonomiebehörde muss Dekrete erlassen, die alle Formen der Anstiftung zu Gewalt und Terror in ähnlicher Weise verbietet, wie das bisher in den von Israel besetzten und kontrollierten Gebieten üblich war. Ein Dreier-Ausschuss soll Anstiftung zur Gewalt verhindern, ein ähnlicher Ausschuss soll den Kampf gegen Militante koordinieren.

Neben den Ausführungen über die Sicherheit geht es um die weitere Truppenverlegung, die sich in drei Phasen vollziehen und spätestens nach zwölf Wochen abgeschlossen sein sollte. Diese Verlegung wurde jedoch niemals vollzogen. Hätte sie stattgefunden, dann hätten die Palästinenser 18,2 Prozent des Landes unter alleiniger Kontrolle gehabt (Zone A), und in 21,8 Prozent hätte es eine gemischte Kontrolle gegeben (Zone B). Arafat stimmte dem israelischen Vorschlag zu, drei Prozent des übereigneten Gebietes als „grüne Zone“ zu deklarieren. Dort dürfen die Palästinenser nicht bauen, und Israel hat das Sagen in Sicherheitsfragen. Damit wurde ein weiterer territorialer Spaltpilz geschaffen, den man in der letzten Phase der Verhandlungen jederzeit aktivieren kann. Die Rückzugsphase hing aber von der Einhaltung der Formel „Sicherheit/Gegenseitigkeit“ ab. Hiermit war den Israelis und den USA ein Instrument an die Hand gegeben, mit dem jede Maßnahme Arafats als unzureichend abqualifiziert werden konnte. Der „souveräne“ Palästinenserstaat hätte zwischen 40 und höchstens 45 Prozent des besetzten Gebietes umfasst.

Desweiteren musste die PLO-Charta zum zweiten Mal außer Kraft gesetzt werden. Dies geschah am 14. Dezember 1998 in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten, Clinton, der erstmals den Autonomiegebieten einen Besuch abstattete. In einer für die Palästinenser demütigenden Geste musste Arafat erneut die Geschichte seines Volkes auf Druck der USA umschreiben. Der fünfzigjährige Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wurde reduziert auf „Terrorismus“. Clintons Besuch stellte keine völkerrechtliche Anerkennung dar. Die Palästinenser hatten sich zu viel von dieser symbolischen Geste versprochen.

In einem weiteren Kapitel geht es um ökonomische Fragen wie der Eröffnung einer Industriezone oder des Flughafens in Gaza sowie den Bau eines Tiefseehafens und der Einrichtung von sicheren Durchgangsstraßen vom Gaza-Streifen zur Westbank. Die USA verpflichteten sich, „Israels Verteidigungs- und Abschreckungspotential“ zu erhöhen und die strategische Allianz, die während der Präsidentschaft von Ronald Reagan vereinbart worden war, auf eine höhere Stufe zu heben. Die USA stimmten weiterhin zu, die Kosten der Umgruppierung für die Truppen, den Bau der Umgehungsstraßen und andere Infrastrukturmaßnahmen in bezug auf die Siedlungen zu übernehmen. Dem Memorandum wurde ein Zeitplan beigelegt, der aber wie die anderen Zeitpläne nie eingehalten wurde.

Das Wye-Memorandum von 1998 enthält aber noch eine weitere wichtige „Verbesserung“ gegenüber der früheren israelischen Sichtweise im Interimsabkommen. In diesem heißt es, dass sich das israelische Militär in

„besondere Militärstützpunkte“ zurückziehen sollte. Unausgesprochen waren damit die Siedlungen und bestehende Militäreinrichtungen gemeint. Durch den Brief Warren Christophers, der dem Hebron-Protokoll beigelegt war, wurde Arafat deutlich gemacht, dass sich die israelischen Truppen in diese besondere Stützpunkte zurückziehen werden. Diese Stützpunkte konnte Israel einseitig festlegen – gemäß seines Sicherheitsbedürfnisses, wie Christopher schrieb. Die Bedeutung vom Wye-Memorandum liegt nun darin, dass Christophers Brief nachträglich als Bestandteil in das Abkommen inkorporiert wurde, obwohl er als Anhang zum Hebron-Protokoll beigelegt wurde. Ein Auszug aus dem folgenden Interview mit Christopher vom 17. Januar 1997 in „USA Today“ gibt Aufschluss über die wahre Absicht der USA: „Ein Kennzeichen der Politik der USA bleibt unsere Verpflichtung, kooperativ darauf hinzuwirken, die Sicherheitsbedürfnisse zu suchen und zu verwirklichen, die Israel festlegt.“ Das Wye-Memorandum war alles andere als ein Erfolg für die Palästinenser. Die Sieger hießen Netanyahu und Ariel Sharon.

Das Sharm el-Sheikh Memorandum (Wye II) vom 4. September 1999 war eine weitere Etappe auf dem Weg der Desillusionierung für die Palästinenser: mit einer von der Arbeitspartei unter Ehud Barak geführten Regierung könne man leichter verhandeln. Vor ihrem ersten Treffen erläuterte der israelische Ministerpräsident in einem Interview mit „Ha’aretz“ seine Vorstellungen von der Zukunft: Für sein Land sei ein Frieden zwischen dem „Zionismus und den Arabern“ wichtiger als Frieden mit den Palästinensern. „Die Palästinenser sind die Ursache für die Fortdauer des Konfliktes, aber sie sind auch der schwächste von allen Gegnern. ... Sie stellen keinerlei militärische Bedrohung für Israel dar.“

Bei ihrer ersten Begegnung am 11. Juli 1999 machte Barak seinem „lieben Freund und Partner“ Arafat klar, dass er keinen „Neuanfang“ in den Beziehungen zu den Palästinensern anstrebe. Er lehnte es ab, die unter Netanyahu gegründeten 42 Siedlungen aufzulösen. Seinen Vorschlag, das Wye-Memorandum zu umgehen und gleich mit den Status-Endverhandlungen zu beginnen, wies Arafat zurück. Um Zeit zu gewinnen, unterzeichneten beide Seiten am 4. September das Sharm el-Sheikh-Memorandum. Zu Recht wurde dieses Dokument als das „Umsetzungsabkommen des Umsetzungsabkommens des Umsetzungsabkommens des Interimabkommens“ vom September 1995 eingestuft.

Darin bekräftigten sie den Willen, bei den Status-Endverhandlungen die UN-Resolutionen 242 und 338 zu realisieren, und einigten sich darauf, bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufzunehmen, das im Februar 2000 vorliegen sollte. Den Kern des Abkommens sollte eine Vereinbarung über die Bestandteile des Statusendvertrages bilden, dessen Abschluss für Mitte September 2000 vorgesehen war. Der Truppenrückzug sollte in drei Phasen fortgesetzt werden.

Weitere Punkte waren: Freilassung von 200 palästinensischen Gefangene am 5. September 1999 und von 150 am 8. Oktober; alle weiteren Freilassungen würde ein gemeinsamer Ausschuss regeln; Einsetzung von

Ausschüssen, die bereits im Interimsabkommen beschlossen wurden; Bau einer „sicheren Durchgangsstraße“ vom Gaza-Streifen in die Westbank und Öffnung der Shuhada-Straße in Hebron; Bau eines Seehafens für die Palästinenser. Vor der Inbetriebnahme war die Unterzeichnung eines Protokolls über Sicherheitsvorkehrungen geplant, in dem die Befugnisse der Israelis wie im Falle des Flughafens geregelt werden sollten; Vereinbarungen über Sicherheitsauflagen, die bereits im Wye-Memorandum festgeschrieben wurden.

Beide Seiten verpflichteten sich, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die den Status quo verändern. Dies stand auch in früheren Abkommen, wurde aber von den Israelis durch den Bau von Siedlungen und eines separaten Straßensystems für die Siedler unterlaufen. Nach dem Wye-Memorandum wurden 42 illegale Siedlungen errichtet. Nur sieben deklarierte Barak als illegal und nur vier davon ließ er räumen.

Die Israelis wollten „Sicherheit und Souveränität“ in ihren Händen halten. Sie hatten zunächst darauf bestanden, die Magnetkarten für die Benutzung des „sicheren Korridors“ vom Gaza-Streifen in die Westbank selbst auszustellen, um „gesuchte“ Palästinenser während der Durchreise verhaften zu können. Schließlich wurde ein Prozedere ausgehandelt, das für die Palästinenser so demütigend ist wie die Einreise über die Allenby Brücke oder die Einreise in den Gaza-Streifen: Sie müssen beim Ministerium für Verwaltungsangelegenheiten einen Antrag auf Durchreise einreichen, der an die israelische Militärverwaltung weitergeleitet wird. Die Genehmigung muss der Antragsteller zusammen mit einem palästinensischen Polizisten in Zivil abholen. Die Durchfahrt kann ohne Begründung verweigert werden.

Am 8. November 1999 begannen im Grand Park Hotel in Ramallah endlich die offiziellen Gespräche über das Status-Endabkommen. Israel wollte lediglich ein Rahmenabkommen aushandeln, in dem alle kritischen Fragen fixiert werden sollten, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Barak erklärte vorher, der Siedlungsbau werde weitergehen und die UN-Resolution 242 sei nicht anwendbar. Er gab den Unterhändlern folgende Instruktionen mit auf den Weg:

Das Rahmenabkommen soll den Konflikt zwischen den beiden Völkern beenden und zu einer Trennung zwischen Israel und dem palästinensischen „Gebilde“ führen, das nach dem Abschluss eines Status-Endvertrages entstehen soll. Und Israel beharrt auf den „fünf roten Linien“: keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, ein vereinigtes Jerusalem unter israelischer Souveränität als Israels Hauptstadt, keine fremde Armee westlich des Jordan Flusses, keine Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel; und die meisten der Siedlungen bleiben erhalten, werden in Siedlungsblocks zusammengefasst und von Israel annektiert.

Über diese Richtlinien gab es innerhalb der israelischen politischen Klasse Konsens, selbst die moderate Rechte identifizierte sich damit. Dies Verhandlungen endeten in einer Sackgasse. Fortan galt das Zauberwort Camp David. Clinton und Barak wollten den Erfolg um jeden Preis. Clinton

lud die Kontrahenten am 5. Juli zu einem Gipfeltreffen in Camp David ein, das am 11. Juli 2000 beginnen sollte. Barak hatte diesen Tagungsort vorgeschlagen; dort war 1978 ein Abkommen zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet worden, das zur Räumung der besetzten Sinai-Halbinsel geführt hatte.

Arafat wurde in einer Sitzung des PLO-Zentralrates vom 2. und 3. Juli beauftragt, folgende Forderungen bei den Verhandlungen durchzusetzen: Rückkehrrecht oder eine „angemessene Entschädigung“ für die Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194; vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 242 und 338; Räumung aller Siedlungen sowie Ost-Jerusalem als die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates. Arafat reiste mit einer 50-köpfigen Delegation an, die alle Fraktionen der palästinensischen Gesellschaft umfasste. Hamas und die PFLP lehnten die Teilnahme ab.

Ohne ähnlichen politischen Rückhalt wie Arafat reiste Barak am 10. Juli nach Washington. Seine Regierung war auseinandergefallen, und im Parlament hatte er zwei Vertrauensabstimmungen verloren. Ariel Sharon erklärte in der Knesset: „Ehud Barak geht nach Camp David, ohne die Unterstützung der Knesset oder des Landes zu haben. Er scheint nicht zu verstehen, dass er erst Frieden in seiner Regierung haben muss, bevor er Frieden mit den Arabern schließen kann.“ Barak hatte für alle Eventualitäten vorgebaut: Würde er ein Abkommen erzielen, könnte er im Triumph nach Israel zurückkehren; scheiterten aber die Verhandlungen, so konnte er behaupten, dass Arafat seine große Kompromissbereitschaft ausgeschlagen habe. Vor der Weltöffentlichkeit würde er als bedeutender Staatsmann dastehen, der wegen des Friedens „große Opfer“ gebracht habe.

Camp David musste scheitern, da Barak wie alle bisherigen israelischen Regierungen auf den „Roten Linien“ beharrte: Kein Rückzug auf die Grenzen von 67; keine der beiden großen israelischen Parteien war jemals bereit, mehr als die Hälfte der vom ursprünglichen, historischen Palästina verbliebenen 22 Prozent an die Palästinenser zurückzugeben; Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität; keine ausländische Macht westlich des Jordan Flusses; die meisten Siedler bleiben unter israelischer Souveränität, auch nach einem Endabkommen; Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem übernehmen.

Hätte Arafat dieses „palästinensische Versailles“ akzeptiert, wäre er von der politischen Bühne hinweggefegt worden. Er wusste, wie explosiv die Stimmung unter seinen Landsleuten war. Die USA und Israel hatten gehofft, der PLO-Chef lasse sich weitere Kompromisse aufoktroyieren. Der amerikanische Völkerrechtler Francis A. Boyle hatte 1992 in dem Memorandum „The Interim Agreement and International Law“ an die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington appelliert, sich strikt am Völkerrecht zu orientieren. Arafat erkannte in Camp David, dass Israels Regierung gegen alles, was die Palästinenser über ihre Zukunft beschließen, ein Veto einlegen kann, und ließ sich nicht erpressen, obwohl auf ihn mehr

Druck ausgeübt wurde als bei der Belagerung von Beirut im Jahre 1982, wie Mahmoud Abbas in einem Interview erklärte. Von Seiten der USA und Israels wurde ihm umgehend die Schuld am Scheitern von Camp David zugeschrieben.

Nach dem Scheitern des sogenannten Krisengipfels in Sharm el-Sheikh, als die Kontrahenten Barak und Arafat ohne Händedruck auseinander gingen, standen die Zeichen auf Sturm. Als dann Ariel Sharon am 28. September 2000 mit über 1000 bewaffneten Polizisten auf den Haram el-Sharif (Tempelberg) auftauchte, war dies der berühmte Funke, der die angestauten Frustrationen der Palästinenser zur Explosion brachte – die Al-Aqsa-Intifada begann. Die Israelis unterstellen Arafat immer wieder, diesen Aufstand inszeniert zu haben. Indem sie dieses behaupten, begreifen sie nicht, wie tief die Verbitterung über die alltäglichen Demütigungen sitzt.

Die Abkommen haben die Kriegsgefahr in Israel und Palästina nicht beseitigen können, sondern im Gegenteil noch erhöht. Dass es zu solch einer Eskalation kommen konnte, liegt in der Verantwortung aller israelischen Regierungen, die alles getan haben, um Arafat und seine Behörden zu demütigen und vor den Augen der Weltöffentlichkeit und der Palästinenser lächerlich zu machen. Israel war und ist nicht bereit, wirkliche territoriale Kompromisse zu machen. Uri Avnery hat in einem Beitrag für *Gush Shalom* vom 2. März 2002 in einem Beitrag dargelegt, wie Israel bisher alle Friedensinitiativen der arabischen Staaten torpediert hatte.

Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Selbstbestimmung der Palästinenser, sondern symbolisieren die dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung unter die israelische Besatzung. Arafat und seine Behörden waren dazu auserkoren, für die Sicherheit Israels und der Siedler in den autonom-besetzten Gebieten zu sorgen. Die Abkommen nützten allein der Sicherheit Israels. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo, Taba, Wye, Sharm el-Sheikh und dem gescheiterten Versuch von Camp David haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern haben es von der internationalen Tagesordnung abgesetzt und zu einem bilateralen Problem im Machtkampf zwischen Israel und den Palästinensern gemacht, bei dem die Palästinenser nur verlieren konnten. Diese Entwicklung schien bis zum erneuten Aufstand irreversibel zu sein, weil sie von der palästinensischen Führung eingeleitet worden ist. Ihre „Kompromissbereitschaft“ grenzte an Selbstaufgabe und Selbstverleugnung. Um als „Präsident Palästinas“ in die Geschichte eingehen zu können, scheint Arafat zu fast allem bereit zu sein. In Camp David ist ihm schließlich seine nationale Verantwortung bewusst geworden. Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat alle eigenstaatlichen Ansprüche unter Terrorverdacht gestellt.

Tenet-Plan und UN-Sicherheitsrat-Resolution 1397

Die USA haben im März 2002 ihren Nahostvermittler Anthony Zinni wieder in den Nahen Osten entsandt. Seine Mission zielte daraufhin ab, den Plan des CIA-Direktors George Tenet umzusetzen, den dieser kurz nach

Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada mit beiden Konfliktparteien ausgearbeitet hatte. Er sah vor, dass beide Parteien gegen Radikale vorgehen. Die Autonomiebehörde sollte Extremisten verhaften und entwaffnen und die eingesammelten Waffen an Israel übergeben. Die Tenet-Vorstellungen zielen ebenso wie der Mitchell-Bericht auf die Fortsetzung des "Friedensprozesses". Zinnis Reise wurde durch die zuvor verabschiedete UN-Resolution 1397 des Sicherheitsrates diplomatisch vorbereitet. Diese Resolution löste bei allen Beteiligten allenthalben Euphorie aus, weil in ihr erstmalig eine "Vision für eine Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in sicheren Grenzen leben", formuliert wurde. Erstmals hatten die Vereinten Nationen eine "Vision" formuliert, die suggeriert, dass beide Seiten auf gleicher Ebene um dasselbe Land kämpfen.

Mit der Verabschiedung dieser Resolution ist den USA ein diplomatischer Schachzug gelungen, jedoch nicht ohne Eigennutz. Zum zweiten Mal hatte US-Präsident George W. Bush eine "Vision" von einem "Staat Palästina" formuliert, und wieder bereiten sich die USA auf einen Krieg gegen ein islamisches Land vor: den Irak. Seine erste "Vision" von Palästina erwähnte Bush in einem Halbsatz in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende September 2001; die Vorbereitungen auf den Krieg gegen Afghanistan liefen auf Hochtouren, und die USA brauchten die arabischen Staaten als Verbündete in ihrer Antiterrorallianz. Syrien hatte in den Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf eingebracht, der Israel als "Besatzungsmacht" und "Aggressor" benannte und von Israel die Achtung der Vierten Genfer Konvention verlangt hatte, die den Schutz der Zivilbevölkerung unter Besatzung regelt. Die USA waren also zum Handeln gezwungen. Sie hätten in dieser Situation ein Veto gegen eine UN-Resolution der arabischen Staaten schwer vermitteln können, denn bevor die Araber sich dem Kampf gegen Saddam anschließen, wollen sie Fortschritte bei der Suche nach Frieden in Palästina sehen.

Diese Fortschritte sollte auch der Nahostplan des saudiarabischen Kronprinzen Abdullah fördern, der Israel die Anerkennung aller arabischer Staaten für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten in Aussicht stellte. Die USA unterstützen wenigstens rhetorisch diese Forderung, weil Saudi-Arabien Amerikas Krieg gegen den Irak duldend hinnehmen soll. Auch der "Abdullah-Friedensplan" hat schon die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 geopfert in der Hoffnung, Israel diesen Plan schmackhaft zu machen.

Für die palästinensische Sache taugt die UN-Resolution 1397 jedoch nur mit großen Einschränkungen. Sieht man einmal von der "Vision für die Region" in der Präambel ab, stehen im konkreten Teil alle israelischen und amerikanischen Forderungen, die zu Lasten der Palästinenser gehen. Weder wird etwas über Israel als Besatzungsmacht oder die besetzten Gebiete gesagt noch etwas über die Umsetzung der anderen den Nahostkonflikt betreffenden Resolutionen. Die Vorschläge von CIA-Chef Tenet und diejenigen von George Mitchell sind festgeschrieben, sie sollen den "Friedensprozess" wieder in Gang bringen. Hat nicht aber gerade dieser asymmetri-

sche Prozess, der die israelische Okkupation völkerrechtlich absichern sollte, zur Eskalation geführt? In der jüngsten UN-Resolution wird kein Wort zu Israels völkerrechtswidrigem Verhalten gesagt. Dies liegt in der Tradition der amerikanischen Politik, welche die Missachtung von Völkerrecht durch Israel immer gedeckt hat. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Israels UN-Botschafter die Resolution als "balanced" bezeichnete und Syrien sich durch Stimmenthaltung aus der Affäre gezogen hatte.

Auch die Europäische Union hat in Barcelona einen "unabhängigen und demokratischen Staat Palästina" gefordert. Wenn die EU einen positiven Beitrag zu Lösung des Nahostkonflikts leisten wollen, sollten sie Wert auf die Umsetzung der diversen UN-Resolutionen und die Einhaltung des Völkerrechts legen. Bei dieser Forderung werden sie jedoch auf den geballten Widerstand der USA und Israels treffen, da beide Seiten nicht an der Umsetzung von Recht, sondern ihrer Machtpolitik interessiert sind. Da für Sharon der Krieg von 1948 immer noch nicht zu Ende ist, wie er in einem Interview betonte, sollten die Europäer darauf vorbereitet sein, dass im Falle eines Krieges gegen den Irak, Israel die Gelegenheit ergreifen wird, eine weitere ethnische Säuberung durchzuführen. Es würde damit nur den einzigen Punkt des "Parteiprogramms" des kürzlich ermordeten Tourismusminister Zeevi umsetzen.

Lösungsansätze des Nahost-Konfliktes

Der Friedensprozess à la Oslo ist gescheitert und sollte auf dieser Grundlage auch nicht fortgesetzt werden. Deshalb ist von einer Umsetzung des Mitchell-Berichtes, des Tenet-Vorschlages oder der ägyptisch-jordanischen Initiative keine Lösung zu erwarten, da sie auf dem Abkommen von Oslo beruhen. Auch der sogenannte Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdullah wird kein Erfolg beschieden sein, weil die israelische politische Klasse zu keinem bedingungslosen Rückzug bereit sein wird. Es ist deshalb ein Neuanfang notwendig, und zwar auf der Grundlage des Völkerrechts und nicht auf den Interessen amerikanischer und israelischer Hegemonie- und Machtpolitik. Die internationale Rechtslage ist eindeutig. Nach der Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242 geht es nicht an, „Territorium durch Krieg zu erobern“.

Dieser Neubeginn kann nur im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz unter der Federführung der Vereinten Nationen und mit Beteiligung der USA, der Europäischen Union und Russlands unternommen werden. Würden alle Konfliktparteien – Israel, Syrien, Libanon und die Palästinenser – daran teilnehmen, könnte es gelingen, der Region einen stabilen Frieden zu sichern. Gegen einen solchen Plan wehren sich die USA und Israel jedoch vehement. Zu diesem neuen internationalen Rahmen gehört auch das Völkerrecht. Nur auf seiner Grundlage kann ein Frieden in der Region errichtet werden. Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats betont die „Unzulässigkeit des Erwerbs von Territorium durch Krieg“ und verweist auf die Charta der Vereinten Nationen; die Erfüllung der Grund-

sätze dieser Charta verlangt die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten. Dieser Friede setzt voraus, dass die israelische Besetzung palästinensischen Landes beendet, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt, ein souveräner Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem geschaffen, die Rückkehr der Flüchtlinge in diesen neuen Staat gemäß den UN-Resolutionen gestattet sowie die Auflösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen wird. Von einer solchen Lösung würden Palästinenser und Israelis profitieren.

Wenn ein Akteur berufen ist, am Verhandlungstisch zu sitzen, dann sind es die Vereinten Nationen. Israel ist ein Kind der Vereinten Nationen, der einzige Staat der Welt, der durch eine UN-Resolution geschaffen wurde. Auch die palästinensischen Flüchtlinge werden von Beginn ihrer Vertreibung durch Israel von der UN-Organisation UNRWA betreut. Ihr Schicksal sowie der gesamte Konflikt sind umrahmt von einem völkerrechtlichen Regelwerk. Eine Umsetzung dieser Resolutionen der Vereinten Nationen zum Nahostkonflikt würde den Frieden wesentlich stärker befördern als der bisherige „Friedensprozess“, der bis heute die Unterwerfung der Palästinenser zum Ziel hatte.

Die UN-Resolutionen zu Jerusalem sind Legion. Die UN-Teilungsresolution 181 definiert Jerusalem als „corpus separatum“ und stellt die Stadt unter internationale Verwaltung; die Resolution 194 regelt die Rückkehr und die Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge; auch deren Umsetzung widersetzt sich Israel. Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates verlangt den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten.

Auch die Europäische Union wurde am Katzentisch placiert, obwohl sie den größten finanziellen Beitrag im Friedensprozess leistet. Die Uneinigkeit der Europäer hatte es bisher verhindert, dass sie eine relevante Rolle in der Nahost-Politik hätten spielen können. Hinzu kam aber auch ihre mangelnde Bereitschaft der EU, machtpolitisch größere Verantwortung zu übernehmen. Vorstellbar wäre die Entsendung einer bewaffneten Friedenstruppe zusammen mit den USA, um die Grenze zum Gaza-Streifen oder der Westbank zu übernehmen, damit sich Israel gemäß der UN-Resolution 242 aus den besetzten Gebieten zurückziehen könnte. Die EU könnte als Macht- und Druckmittel die Assoziierungsabkommen mit Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde einsetzen.

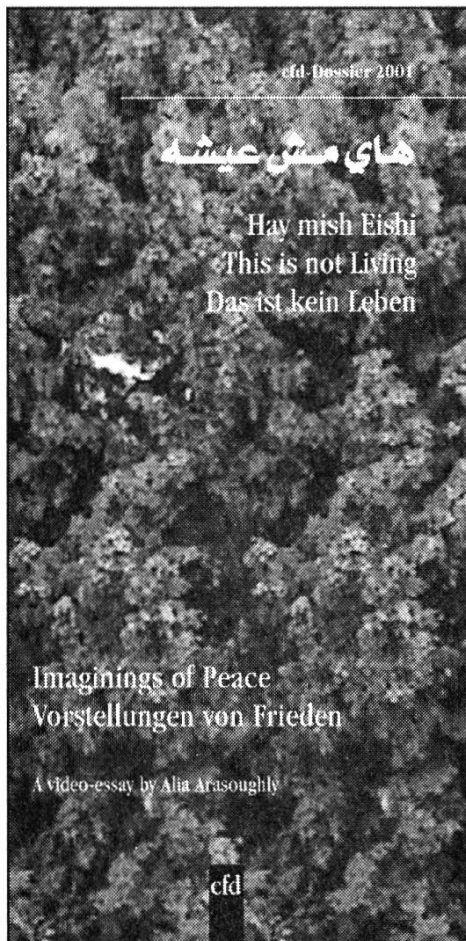
Die Palästinenser sollten kein Abkommen mehr unterzeichnen, das nicht ihre völkerrechtlich legitimen Rechte realisiert. Ein Israel, das jetzt von einem Ministerpräsident regiert wird, dessen Lebenslauf nicht für Ausgleich und Versöhnung, sondern für Konfrontation und Abenteuerertum steht, wird noch weniger bereit sein, einen fairen Ausgleich mit seinen Nachbarn zu erreichen. Sollte der Krieg weiter eskalieren, könnte Israel unter Sharon versucht sein, das palästinensische Flüchtlingsdrama zu vollenden und die Palästinenser aus der Westbank vertreiben. In Israel wird in der veröffentlichten Meinung und im Parlament offen über die Vollendung der zweiten Hälfte von 1948 nicht mehr nur diskutiert. Der populäre und populistische Slogan „Lasst die IDF (Armee) gewinnen“ wird umgesetzt,

unterstützt von der Mehrheit der israelischen Bevölkerung, die traumatisiert durch die schrecklichen Selbstmordattentate weiterhin an die militärische Lösung glaubt. Seit Sharons „Kriegserklärung“ vom 31. März an die palästinensische Führung ist – wohl kaum ohne Zustimmung der Bush-Regierung – in den palästinensischen Gebieten die Militäroperation „Schutzwand“ zur „Ausrottung der terroristischen Struktur“ im Gange.

(3. April 2002)

Literatur

- Grinberg, Lev, 2002: Welcher Terror? Tages-Anzeiger, 3. April, Zürich
Neue Zürcher Zeitung, 2002: Agonie der palästinensischen Wirtschaft. Weltbankbericht kritisiert israelische Abriegelungspolitik. 3. April, Zürich
Watzal, Ludwig, 2001: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Berlin
Ders., 1994: Frieden ohne Gerechtigkeit? Mit einem Vorwort von A. Hottinger, Köln, Weimar, Wien



cfd-Dossier: Frauensichten aus Palästina

Was bedeutet Krieg für Frauen? Wie handeln sie im Kriegsalltag ihre Identität aus? Erfahrungen, Gedanken und Sichten von acht ganz <gewöhnlichen> und ganz unterschiedlich lebenden Palästinenserinnen fügen sich in «Hay mish Eishi – Das ist kein Leben» zu einem Bild-Text-Kaleidoskop, das den engen Fokus und die verengte Logik der politischen Statements und der Kriegsberichterstattung vielfältig aufbricht.

Der Video-Essay im cfd-Dossier basiert auf dem gleichnamigen Dokumentarfilm, den die palästinensische Regisseurin Alia Arasoughly im Winter 2001 in der belagerten Westbank gedreht hat.

52 Seiten. Deutsch/Englisch, Fr. 12.– + Porto
Telefon 031 300 50 60, Fax 031 300 50 69
info@cf-d.ch.org